



## Pressemitteilung

### Grüne plädieren für mehr Konzeptarbeit

Haushaltsklausur Grüne Ratsfraktion am 20.02.2021

**Senden. Im Rahmen ihrer Beratungen zum aktuellen Haushalt der Gemeinde Senden haben die Grünen am Samstag das Gespräch mit Bürgermeister Sebastian Täger, dem Beigeordneten Klaus Stephan und dem stellvertretenden Kämmerer Philipp Geisler gesucht.**

Im Mittelpunkt standen die Auswirkungen der Corona- Pandemie, die in der Gemeinde voraussichtlich zu deutlich geringeren Einnahmen führen werden, sowohl im Bereich der Einkommens- als auch Umsatzsteuer.

Und zeitgleich hat Senden eine hohe Investitionsquote von derzeit über 160 Prozent, während die Gemeindeprüfungsanstalt einen Prozentsatz von maximal 110 Prozent empfiehlt. Das ist gut für Senden, schränkt aber den finanziellen Gestaltungsspielraum erheblich ein und bindet in erheblichem Maße Personalkapazitäten.

Deshalb braucht Senden klar erkennbare Konzepte in den zentralen Handlungsfeldern des Klimaschutzes, der Digitalisierung und der Mobilität. Und gleichzeitig gilt es Prioritätenlisten zu erstellen, damit die Politik eine klare Entscheidungsbasis hat.

So plädieren die Grünen für ein Radwegekonzept statt vieler kleinteiliger Einzelmaßnahmen, die am Ende vielleicht völlig ungebunden nebeneinander stehen. Auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss konzeptionell neu aufgestellt werden, damit er noch deutlich attraktiver wird.

Die Bemühungen der Verwaltung, dem Klimaschutz mehr Bedeutung zuzumessen, werden anerkannt. So sind im Vorbericht alle Maßnahmen gelistet worden, die aus Sicht der Verwaltung dem Thema „Klimaschutz“ zuzuordnen sind. Doch nicht alles, was im Haushalt darunter verstanden wird, ist auch tatsächlich Klimaschutz. „Alle Maßnahmen zur Klimaanpassung sowie Gebäudesanierungsmaßnahmen, die ohnehin anstehen, gehören dort nicht hin“, brachte Wolfgang Dropmann es auf den Punkt. Hier erwarten die Grünen in Zukunft eine klare Abgrenzung und Präzisierung - und natürlich weitere Maßnahmen, die dazu beitragen, die durch den Menschen verursachte globale Erwärmung entgegenwirken und mögliche Folgen der globalen Erwärmung abmildern oder verhindern.

Dagegen erscheint den Grünen der 4,0 Millionen Euro große Etatposten für den Ankauf von Grundstücken im Vergleich zu den Vorjahren sehr hoch. Die Grünen setzen sich für eine maßvolle Erweiterung der Bauflächen im Gemeindegebiet ein. Daher ist aus ihrer Sicht die Höhe der Mittel für den Ankauf neuer Flächen in Frage zu stellen, auch vor dem Hintergrund des absehbar engeren Finanzrahmens.

Das Gespräch mit der Verwaltungsspitze war insgesamt konstruktiv und im Hinblick auf die Notwendigkeit, zunächst stärker konzeptionell an die wichtigen Themen wie Klimaschutz, Radverkehr und ÖPNV heranzugehen, von Gemeinsamkeit geprägt.